

Für Fleisch nicht die Bohne! Futtermittel und Agrokraftstoffe – Flächenkonkurrenz im Doppelpack

Zusammenfassung der Studie und Forderungen des BUND Von Reinhild Benning

Berlin, 4. November 2008

Agrokraftstoffe sind umstritten. Europa kann das Beimischungsziel der EU-Kommission von 10 Prozent Agrokraftstoffanteil bis 2020 mit eigenen Rohstoffen nicht erreichen. Bereits 2007 stammten vom in der EU verbrauchten Agrodiesel nur 56 Prozent aus Raps, jedoch 26 Prozent aus Soja, 11 Prozent aus Palmöl und 7 Prozent aus anderen Ölen. Der Rapsanbau ist unter Berücksichtigung des Umweltschutzes, insbesondere der Biodiversität kaum noch auszudehnen. Für den wachsenden Anteil der importierten Agrokraftstoffe werden daher zunehmend Flächen besonders in Regenwaldregionen zu Plantagen umgewandelt. Diese stehen dort nicht mehr für die Lebensmittelgewinnung zur Verfügung oder sie gehen als wertvolle Areale der Biodiversität verloren, wenn es sich z.B. um Regenwald handelt, der für die Sojaproduktion gerodet wird.

Auch Futtermittel, vor allem Futtersoja, haben den gleichen Effekt – allerdings um ein Vielfaches stärker. Weder Deutschland noch Europa können sich mit Proteinfuttermitteln selbst versorgen. EU-weit werden 78 Prozent¹ und in Deutschland 72 Prozent² des Eiweißfutters importiert. Der sowohl in Deutschland als auch weltweit steigende Futtermittelbedarf hinterlässt einen immer größeren „ökologischen Fußabdruck“ in Form von wachsenden Plantagen, zumeist Monokulturen, vor allem in Entwicklungsländern.

In den Futtertrögen in Deutschland landeten 2007 5 Millionen Tonnen Soja – meist in Form von **Mischfuttermitteln**.³ Aus Brasilien und aus Argentinien stammten davon über 65 Prozent. Dafür wurde nach Berechnungen des BUND eine **Fläche von rund 2,8 Millionen Hektar an Sojaplantagen überwiegend in den Ländern des Südens** beansprucht. Zwei Drittel des nach Deutschland importierten Sojas stammen aus Brasilien und Argentinien. Dies führt in den Exportländern zu fortschreitender Regenwaldabholzung. Allein in Brasilien geht jährlich Regenwald in der Größe Schleswig-Holsteins plus Thüringens verloren⁴. Infolgedessen spitzen sich in Brasilien und Argentinien Landverteilungskonflikte zwischen Soja-Plantagenbetreibern und landlosen Hungernden zu.

¹ „Rohstoffversorgung sichern – Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Futtermittel- und Lebensmittelwirtschaft erhalten; Null-Toleranz für in der EU noch nicht genehmigte GVO bedroht Versorgung mit Agrarrohstoffen“, BLL u.a. Mai 2008

² Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Drucksache 16/4930

³ „Rohstoffversorgung sichern – Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Futtermittel- und Lebensmittelwirtschaft erhalten; Null-Toleranz für in der EU noch nicht genehmigte GVO bedroht Versorgung mit Agrarrohstoffen“, BLL u.a. Mai 2008

⁴ Auskunft von Rettet den Regenwald e.V., Office Berlin

Je Kilogramm eines tierischen Lebensmittels wurde auf der Berechnungsbasis der derzeit gängigen Futtermischungen ein Sojaeinsatz in folgender Höhe errechnet:

1 kg Milch	:	50 g Sojaschrot
1 kg Rind	:	920 g Sojaschrot
1 kg Pute	:	765 g Sojaschrot
1 kg Huhn	:	470 g Sojaschrot
1 kg Schwein	:	540 g Sojaschrot

Der **Flächenanspruch pro Person** für den Gesamteinsatz von Sojafuttermitteln für die deutsche Produktion von **Milch und Fleisch** entspricht einer Fläche von **knapp 340 Quadratmetern**.

Aus der Sojabohne kann sowohl eiweißreiches Futter als auch Öl produziert werden. Wegen dieser Doppelnutzung beläuft sich der effektive **Flächenanspruch für Futter und Agrokraftstoff auf insgesamt knapp 3 Millionen Hektar Sojaplantagen**. Die rasch wachsende Nachfrage für die zweifache Verwertung wirkt dabei verstärkend auf die Ausdehnung der Plantagenwirtschaft.

Beimischungsziel für Agrokraftstoffe fallen lassen & Überschuss und Export von Fleisch und Milch reduzieren

Die steigende Nachfrage nach Agrokraftstoffen ist ebenso wie die nach Eiweißfuttermitteln politisch bedingt. Daher kann beiden Problemfeldern nur mit politischen Maßnahmen begegnet werden.

Der BUND fordert die EU-Kommission auf, gesetzliche Pflichten und fördertechnische Anreize, die zu einer Ausweitung der Plantagenwirtschaft in Entwicklungsländern beitragen, zu beenden.

Zwangsbeimischung löst Sog nach Sojaplantagen aus

Der BUND sieht erhebliche Chancen diesen Flächenanspruch zu verringern. Die einfachste besteht darin, das gesetzlich vorgeschriebene **Beimischungsziel für Agrokraftstoffe fallen zu lassen**.

Die Bundesregierung hat sich bereits von ihrem vormaligen Ziel von 20 Prozent Beimischung im Jahr 2020 verabschiedet und will die Beimischung auf nunmehr maximal 6,25 Prozent bis zum Jahr 2014 festlegen. Das Europäische Parlament mahnt zur Vorsicht und zur Berichtigung überhöhter Beimischungsziele. Dennoch will die EU-Kommission an 10 Prozent Agrokraftstoffbeimischung im Jahr 2020 festhalten. Das würde einer Sojaanbaufläche von 13 Millionen Hektar entsprechen (berechnet auf Basis des derzeitigen Mix verschiedener Agrokraftstoffe). Die Entscheidung in Brüssel dazu fällt voraussichtlich Mitte Dezember.

Der BUND fordert von der EU-Kommission und von der Bundesregierung die gesetzliche Verpflichtung für den Einsatz von Agrokraftstoffen gänzlich abzuschaffen.

Bereits jetzt werden 3,4 Millionen Tonnen Agrodiesel und 575 000 Tonnen Agrosprit (Benzinersatz) in Deutschland eingesetzt. Beim derzeitigen Sojarohstoff-Anteil entsprechen diese Mengen rechnerisch einer Fläche von 2 Millionen Hektar Plantagen. Die geplante politische Pflicht zur Beimischung löst einen zusätzlichen Flächenanspruch insbesondere für Soja-Monokulturen aus.

Pflanzkraftstoffe für die Landwirtschaft

Der Einsatz von Agrarkraftstoffen in der Landwirtschaft – zumal von hofeigenen Erzeugnissen – kann dagegen durchaus nachhaltig und sinnvoll gestaltet werden mit weiten Fruchtfolgen und Mischfruchtanbau.

Milch- und Fleischmenge an Bedarf anpassen

Eine zweite Notwendigkeit besteht aus Umweltsicht darin, die **Überschusserzeugung bei Milch und Fleisch einzudämmen**.

Der deutsche Agrarmarkt befindet sich in einer Binnenmarktsituation wobei EU-Produktion, Exporte und der Selbstversorgungsgrad im Kontext des Selbstversorgungsgrades der EU betrachtet werden müssen. **2007 wurden EU-weit mindestens 7 Prozent mehr Schweinefleisch, 7 Prozent mehr Milch und 2 Prozent mehr Geflügel erzeugt als verbraucht wurden.**

Exportsubventionen zahlt die EU für Rindfleisch in Höhe von bis zu 1,03 Euro je Kilogramm. Für Schwein und Geflügel können Fleischkonzerne 54 Cent bzw. 45 Cent Exportsubventionen je Kilogramm erhalten⁵. Ginge es nach der Milchindustrie, würde bald auch wieder Milch mit Subventionen exportiert.

Im Agrarbudget der EU stehen nach wie vor Exportsubventionen als Haushaltsposten. Auch wenn zeitweise für bestimmte Produkte keine Exportförderung ausbezahlt wird, bleibt der Kommission so jederzeit die Möglichkeit, die exportierende Lebensmittelindustrie und Agrarhändler mit diesen Steuergeldern zu bedienen. Abschaffen will die EU das Dumpinginstrument erst, wenn auch andere Industriestaaten in der WTO mitziehen. Mit dieser Bedingung hält sich Europa eine Hintertür offen für die Fortsetzung dieser für Entwicklungsländer und für hiesige Bauern äußerst schädlichen Subventionen – auch über das Jahr 2013 hinaus.

Bundesregierung will verbotene Gentech-Futterpflanzen schneller zulassen

Die Bundesregierung fördert ihrerseits den Export von Milch und Fleisch in Drittländer in aggressiver Form und löst damit einen erhöhten Import-Futtermittelbedarf aus. So rühmt sie sich, die Exporte nach Afrika und Asien erleichtert zu haben, auch die EU-Exportsubventionen gingen unter anderem auf ihre Initiative zurück. Die Futtermittelwirtschaft klagt, dass die Rohstoffbasis bereits knapp werde, weil in der EU zahlreiche gentechnisch veränderte Futtermittelpflanzen einer Null-Toleranz unterliegen.

Die Bundesregierung hat der Fleischbranche Unterstützung zugesagt. So drängt sie bei der Kommission darauf, dass gentechnisch veränderte Futtermittel, die in der EU keine Zulassung haben, künftig eine beschleunigte Zulassung erhalten. Obendrein sollen oberflächlichere Kontrollen dafür sorgen, dass mit nicht zugelassenen Gentech-Pflanzen kontaminierte Futterchargen leichter auf den Markt gelangen.

Verbraucher- und Umweltschutz scheinen für die Bundesregierung Fremdworte zu sein. 80 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland lehnen Gentechnik für Lebensmittel ab.

Der BUND fordert von der EU-Kommission und von der Bundesregierung:

- Exportsubventionen müssen unmittelbar gestoppt werden ohne dies an Bedingungen zu knüpfen. Auch andere Formen der Agrarexportförderung sind einzustellen.
- Für gentechnisch veränderte Futtermittel ohne Zulassung in der EU muss mit strengen Kontrollen die Einhaltung der Null-Toleranz überprüft und beibehalten werden.

Übermengen setzen Bauern unter Druck

Auch innerhalb der EU wirken sich Überschüsse negativ aus: Die Fleisch- und Milchindustrie drückt wegen des großen Angebotes die Preise für die Bauern und Bäuerinnen unter die Erzeugungskosten. Im Jahr 2008 mussten vor diesem Hintergrund 8 Prozent der Schweinehalter⁶ und im Jahresschnitt 2005-2007 4,3 Prozent⁷ der Milchviehbetriebe in Deutschland aufgeben. Gleichzeitig kann zu den Niedrigstpreisen höchstens überleben, wer statt des zu knappen, teuren europäischen Eiweißfutters das auf dem Weltmarkt kostengünstigste Futtermittel einsetzt: Soja.

Der BUND unterstützt die Forderung der Mehrzahl der Milchbauern an die Europäische Kommission, die Milchmenge zu begrenzen. Die Menge ist dem Verbrauch in der EU anzupassen und zu senken.

Stattdessen aber plant die EU-Kommission, die erlaubte EU-Milchmenge jährlich noch um 1 Prozent auszudehnen und 2015 die staatliche Mengenregulierung ganz abzuschaffen. Sie zielt darauf ab, die EU-Erzeugung preislich an den Weltmarktpreis für Milch (ca. 21 Cent) anzupassen, der weit unter den Erzeugungskosten für bäuerliche Betriebe in Deutschland (43 Cent) liegt. Genau diese Betriebe bilden aus Umweltsicht jedoch das Potential zu einer umwelt- und tiergerechten Milcherzeugung. Vor allem Bauern in Regionen mit viel Grünland und geringen Möglichkeiten zum Ackerbau, die ihre Tiere mit Gras zum Beispiel von Bergwiesen füttern, werden bei der geplanten Milchmengenausweitung benachteiligt. Dabei ist Gras das umweltfreundlichste Futter und der Erhalt von Wiesen und Weiden ist zugleich unentbehrlich für den Artenschutz. Etwa 50 Prozent der heimischen Arten sind auf den Erhalt eines bäuerlich und schonend genutzten Grünlandes angewiesen.

⁵ EU-Kommission, Refund Rates 2008;

http://www.agriculture.gov.ie/index.jsp?file=areasofi/export_refunds/refund_rates08.xml

⁶ Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2008

⁷ „BERICHT DER KOMMISSION AN DEN RAT, Marktperspektiven für den Milchsektor“, Brüssel, den 12.12.2007, KOM(2007) 800

Bundesrat will Milchmenge ausweiten

Bauern in Deutschland dürfen nach der aktuell geltenden Mengengrenzung im „Milchjahr“ 2007/2008 28,05 Millionen Tonnen Milch erzeugen. Aktuell liegt die tatsächlich bei Molkereien abgelieferte Milchmenge 600 000 Tonnen über der erlaubten Menge. Die Milchpreise sind entsprechend in den Keller gesunken. Eine Mehrheit der Bundesländer spricht sich dafür aus, trotzdem noch einmal zwei Prozent mehr Milch zuzulassen. Ein erneuter Preissturz für Erzeuger wäre die Folge. Die Ausweitung der Milchmenge in Deutschland führt unweigerlich auch zu einem höheren Sojaeinsatz mit extrem umweltschädlichen und sozial problematischen Folgen.

Der BUND fordert vom Bundesrat, der am 7. November 2008 hierzu entscheidet, die Mengenausweitung komplett zurückzunehmen. Zudem müssen Bauern, die mehr Milch liefern als die ihnen erlaubte Menge, ohne Hintertüren zu Strafzahlungen veranlasst werden. So sieht es die Milchquotenregelung auch eigentlich vor, gäbe es nicht zahlreiche Umgehungsmechanismen.

Nachhaltigkeitsregeln für Futtermittel nicht in Sicht

Nachhaltigkeitsregeln sind derzeit nur für Agrokraftstoffe, nicht aber für Futtermittel in der Debatte. In Brüssel verhandeln EU-Kommission und Mitgliedsstaaten sowie das Parlament über Nachhaltigkeitskriterien und -standards. Die Nachhaltigkeitsregeln haben allerdings weder das Ziel noch die Wirkung, die massive Ausweitung der Plantagenwirtschaft insgesamt in Grenzen zu halten. Aus Sicht des BUND schützt eine solche EU-Nachhaltigkeits-Richtlinie daher nicht vor der Flächenkonkurrenz gegenüber dem Anbau von Lebensmitteln etwa für die lokale Bevölkerung in den Anbauländern.

In einigen Ländern, so auch in Deutschland, wird gefordert, auch Futtermittel einer Nachhaltigkeits-Zertifizierung zu unterwerfen. Andernfalls würde nur ein Teilbereiches des gleichen Rohstoffmarktes erfasst.

Der BUND fordert eine Überprüfung der Importe von Rohstoffen, die aus großflächiger Plantagenwirtschaft stammen, hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Klima und Biodiversität sowie auf die Ernährungssouveränität in den Herkunftsländern. Insbesondere Futtermittel sind dabei zu berücksichtigen. Statt deren Ausbreitung weiter voran zu treiben, gilt es den weltweiten Handel mit Agrargütern ökologisch und sozial gerecht zu gestalten.

Nachhaltigkeitsregeln für Agrokraftstoffe greifen nicht

Die bisher öffentlich gewordenen Vorschläge für die Nachhaltigkeitsregeln weisen an vielen wichtigen Stellen deutliche Lücken auf. Zum einen legt die EU-Kommission die wissenschaftlichen Grundlagen für die Berechnung der Klimabilanz, die einem Agrokraftstoff zugeschrieben werden soll, nicht offen. Gleichwohl erhalten einige Rohstoffe bisweilen überraschend gute ‚Klimanoten‘.

Ein weiteres Klimarisiko birgt die Nachhaltigkeitsrichtlinie, indem sie Treibhausgase aus indirekten Landnutzungsänderungen bisher nicht berücksichtigt. Diese Treibhausgase entstehen zum Beispiel, wenn eine Sojapflanzung Weideflächen in den Regenwald verdrängt, der dann nicht direkt für Sojaanbau gerodet wird, sondern vordergründig für Weideland. Die Einrechnung direkter und indirekter Treibhausgase ist inzwischen rechnerisch möglich. Doch wenn diese umfassende CO₂-Bilanz durchgeführt würde, dann blieben nur wenige Agrokraftstoffe übrig, die überhaupt einen Klimavorteil bringen. Und dies, obschon die Kommission die Hürde für „nachhaltige Agrokraftstoffe“ mit einer Einsparung von 35 Prozent CO₂ gegenüber fossilen Kraftstoffen äußerst niedrig angesetzt hat.

Soziale Kriterien für die Nachhaltigkeitsregeln sieht die EU-Kommission ebenfalls nicht vor. Dies ist aus Sicht des BUND angesichts der Konflikte um den Zugang zu Land in zahlreichen Soja-Anbauländern unverantwortlich. Derzeit sind 923 Millionen Menschen weltweit von Hunger betroffen. Über die Hälfte davon leben auf dem Land, haben aber keinen gesicherten Zugang zu Produktionsmitteln wie Äckern und Wasser. Solange auch von Deutschland und Europa nur der Druck ausgeht, mehr Land für den Anbau von Exportrohstoffen auszuweisen – ohne die sozialen Gefahren abzuschätzen und wirksam zu vermeiden – trägt die Agrokraftstoffpolitik der EU-Kommission zu wachsender Verelendung bei.

Das Europäische Parlament hat an vielen Stellen Verbesserungen bei den Nachhaltigkeitskriterien (z.B. Sozialkriterien) und bei den Standards (z.B. 45 Prozent CO₂-Reduktion gegenüber Fossilen) vorgeschlagen, deren Berücksichtigung allerdings fraglich ist.

Auf dem derzeitigen niedrigen Niveau und bei der Unklarheit über die wissenschaftliche Grundlage der EU-Kommission für die Nachhaltigkeitsregeln liegt die Befürchtung nahe, dass Agrokraftstoffe ein grünes Mäntelchen erhalten – auch ohne positiven Klimaeffekt.

Der BUND fordert eine grundlegende Verbesserung der Nachhaltigkeitskriterien und -standards. Die Bundesregierung muss sich in den aktuellen Verhandlungen in Brüssel für folgende Kriterien bzw. Standards einsetzen:

- Einrechnung der direkten und indirekten Klimaemissionen aus Wald- und Landumwandlungen (Landnutzungsänderungen).
- Agrokraftstoffe müssen – Landnutzungsänderungen eingerechnet – gegenüber fossilen mindestens 60 Prozent CO₂ Einsparung sichern.
- Umfassende Sozialkriterien müssen von der Kommission anerkannt und in das Regelwerk integriert werden.
- Die wissenschaftlichen Grundlagen für die Berechnung der Klimabilanz von Agrokraftstoffen sind nachvollziehbar offen zu legen.

Gleichwohl sieht der BUND auch unter Berücksichtigung von weiteren Kriterien und höheren Standards in einer Nachhaltigkeitsverordnung für Agrokraftstoffe keinen wirksamen Hebel, um die Ausweitung der Plantagenwirtschaft insgesamt zu bremsen oder zu stoppen – solange die Beimischungspflicht aufrecht erhalten wird.

Bewusste Ernährung – die Chance der Verbraucherinnen und Verbraucher für mehr Klima- und Tierschutz

Auch Verbraucherinnen und Verbraucher können dazu beitragen, dass sich Sojaplantagen nicht noch weiter ausdehnen. Mit dem Kauf von Milch und Fleisch aus ökologischem Landbau geht man sicher, beim Genuss keine Soja-Monokulturen verursacht zu haben. Natürlich sind hier auch gentechnisch veränderte Futtermittel tabu.

Auch das NEULAND-Siegel steht für Futtermittel aus heimischem Anbau ohne Gentech-Futtermittel und ist daher empfehlenswert.

Aktuell ist in Supermärkten auf zunehmend mehr Lebensmitteln tierischer Herkunft das Label „Ohne Gentechnik“ zu finden. Das Label schließt zwar Plantagen nicht aus, trägt aber dazu bei eine gentechnikfreie Erzeugung zu sichern – auch in Zukunft.

Insgesamt landen auf deutschen Tellern täglich tierische Lebensmittel mit einem Anteil von fast 40 Prozent an der täglichen Kalorienzufuhr. In Italien kommen die Menschen mit weit weniger Fleisch und Milch aus (ca. 25 Prozent der täglichen Kalorien) – und machen beim Genuss und der Versorgung keinerlei Abstriche. Es lohnt, sich beim Einkauf die Freiheit zu nehmen, bewusst zu ökologisch hochwertigen und vermehrt zu pflanzlichen Lebensmitteln zu greifen.